



Bürgerschaftliches Engagement als Bürgerbeteiligung: Welche Möglichkeiten bietet das Internet?

Dr. Brigitte Reiser

Quer durch die Republik rufen Städte und Gemeinden ihre Bürgerinnen und Bürger zu mehr Engagement auf. Die lokalen Einrichtungen und Dienste sind auf eine aktive Zivilgesellschaft angewiesen, ebenso die örtlichen Vereine. Zudem wird das bürgerschaftliche Engagement durch den demographischen Wandel und viele leere Kassen noch notwendiger. Auf lokaler Ebene stellt sich daher die Frage, wie das Dienstleistungsangebot aufrechterhalten werden kann und wie örtliche Gemeinwesen lebendig bleiben bzw. zerbrochene Gemeinschaften wieder aufgebaut werden können. Die Potentiale der Bürgerschaft rücken deshalb immer mehr in den Fokus von Politik, Verwaltung und gemeinnützigem Sektor. Insbesondere die Gruppe der jungen Seniorinnen und Senioren soll stärker zum Mitmachen ermuntert werden. Aber auch Jugendliche will man für den Dialog zwischen den Generationen und den freiwilligen Einsatz für andere gewinnen.

Kommunale und gemeinnützige Strategien zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements basieren jedoch zumeist auf ganz traditionellen Konzepten:

1. Das praktische Engagement der Bürgerschaft und nicht ihre Mitbestimmung und Mitgestaltung steht im Mittelpunkt lokaler Strategien.
2. Die Förderung des Engagements zielt hauptsächlich auf den einzelnen Bürger / die einzelne Bürgerin und zu wenig auf lokale Netzwerke.
3. Für das Bürgerengagement stehen nur die althergebrachten Vereins- und Einrichtungsstrukturen zur Verfügung. Es gibt zu wenig Angebote für kurzzeitiges Engagement und Mitmachmöglichkeiten in nicht-institutionalisierten Formen.
4. Das Internet mit seinen auf Vernetzung und Interaktion zielenden Angeboten und Diensten («soziale Medien») ist zu selten in lokale Institutionen und Engagementstrategien integriert, so dass die Potentiale des Web für das örtliche Gemeinwesen zu wenig genutzt werden. Politik, Verwaltung und Dritter Sektor stehen eher ratlos vor den digitalen Netzwerken. Bewegungen und Aktionen, die im Internet ihren Ursprung haben, weisen in vielen Fällen nur wenig oder keine Berührungspunkte mit den traditionellen örtlichen Strukturen auf.

Es ist Zeit, neu zu definieren, was »bürgerschaftliches Engagement« eigentlich ist. Traditionelle Strategien müssen überarbeitet werden zugunsten eines Leitbilds, das bürgerschaftliches Engagement an unsere Demokratie andockt und dem Status von Bürgerinnen und Bürgern als Gestalter des Gemeinwesens Rechnung trägt. Wir sind keine »Klienten«, und wir sind auch keine »Fälle«. Wir sind nicht nur »Konsumenten« und Bewohner/innen eines »Raumes«. Wir sind nicht nur »Helfer« - sondern wir sind Bürgerinnen und Bürger eines demo-



kratischen Gemeinwesens. Und als solche erwarten wir Mitbestimmungs- und Gestaltungsmöglichkeiten in unserem örtlichen Lebensumfeld.

Bürgerschaftliches Engagement als Bürgerbeteiligung

Bürgerengagement muss stärker als Beteiligung konzipiert werden. Bürgerinnen und Bürger müssen die Möglichkeit erhalten,

- die Infrastruktur einer Gemeinde,
- die Konzeption von Diensten und
- die Unterstützung im Einzelfall – als Betroffene/r –

mitzugestalten. Insbesondere jüngere Generationen bringen sich ein, wenn sie Handlungs- und Entscheidungsspielräume hinzugewinnen und spüren, dass sich Institutionen dialogorientiert verhalten.

Auf die Professionen in Verwaltung und gemeinnützigen Einrichtungen kommen neue Aufgaben zu: Hierarchische Verhältnisse hin zur Bürgerseite müssen zugunsten gleichgewichtiger Beziehungen auf Augenhöhe verändert werden. Notwendig sind institutionelle und politische Leitbilder, die die Bürgerinnen und Bürger in die Problemformulierung, die Programmgestaltung, das Service-Design und die Evaluation von Leistungen mit einbeziehen, - und nicht nur in deren Produktion wie in der Vergangenheit. Die lokalen Akteure müssen vielfältige Modelle für diese Kooperation zwischen Bürgern/innen und Institutionen ausarbeiten. Dabei darf sich Partizipation nicht nur auf formale Verfahren beschränken, sondern muss in den Alltag von Bürgerinnen und Bürgern integriert werden, d.h. in den Stadtteil, in Schulen, in gemeinnützige Einrichtungen, in den örtlichen Verein. Klagen über die vielerorts geringe Bürgerbeteiligung übersehen, dass Partizipation erlernt werden muss und Institutionen hier eine Bringschuld haben. Nicht der Bürger muss zur Partizipation kommen, sondern die Partizipation zum Bürger. Mitmach-Strukturen sind in unterschiedlichen Formen, auf allen Ebenen und in allen Phasen eines Programm-Zyklus aufzubauen und zu fördern. Nur dann wird Beteiligung auf lokaler Ebene inklusiv sein können und mehr als ein Empowerment-Konzept für die örtlichen Eliten.

Eine ganz wichtige Rolle spielen lokale informelle und formale Netzwerke, wenn die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern gestärkt werden soll. In Netzwerken sammeln sich Ressourcen («soziales Kapital»), findet Kommunikation statt und werden kollektive Aktionen verabredet (Morris/Gilchrist o. J.). Bürgerinnen und Bürger beteiligen sich in der Regel nicht als isolierte Wesen an kommunalen Angelegenheiten, sondern als Teil von Netzwerken, die den einzelnen bei seinem Engagement unterstützen, ihm Feedback geben und über Beteiligungsmöglichkeiten informieren.

Auch auf institutioneller Seite sind Netzwerke aus Organisationen und Initiativen wichtig, die gemeinsam erarbeiten, wie sich Einrichtungsstrukturen verändern müssen, damit es Bürgerinnen und Bürgern möglich wird, mit ihrem Wissen und ihrem Engagement anzudocken. Wie können die Institutionen auf lokaler Ebene zu Er-



möglichern und Unterstützern von Partizipation werden, die sich inner- oder außerhalb von Einrichtungen manifestiert?

Eine wichtige Voraussetzung dafür ist Transparenz: Wer die lokalen Probleme nicht kennt, kann auch keine Lösungen entwerfen. Deshalb sind die örtlichen Organisationen gut beraten, wenn sie ganz offen mit Bürgerinnen und Bürgern über die Schwachstellen in der eigenen Einrichtung und in der Kommune sprechen und umfassend über Problemlagen informieren. Das Internet eröffnet viele günstige Möglichkeiten für die Publikation von Informationen bzw. von Daten und fördert so das Open Government in Kommunalverwaltungen und die Transparenz im Dritten Sektor.

Beteiligung über das Internet

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger nutzen das Internet, um sich zu engagieren. Über das Web werden Projekte und Aktionen geplant, finanziert, vorbereitet und beworben. Es werden online Mitstreiter/innen gesucht und Abläufe koordiniert. Auch die Umsetzung wird via Twitter und Facebook begleitet oder ganz über das Netz abgewickelt. Bewegungen und Netzwerke wie WikiWoods.org (»Freiwillig weltweit Bäume pflanzen«), carrotmob.org (»Vote with your money«) und die Socialbar.de (»online vernetzen, offline bewegen«) funktionieren, ohne dass sie von einer Organisation zentral gesteuert werden. Vielmehr übernehmen digitale Medien die Rolle der »organizing agents« (Bennett/Seegerberg 2012, 752) und die jeweiligen Online-Plattformen bilden die Drehscheiben der Bewegung.

Nicht immer existieren bei diesen neuen Aktivismusformen Berührungspunkte zu den etablierten Organisationen. Zum Teil halten sich die Bewegungen bewusst fern von den klassischen Einrichtungen. Es kommt für Politik, Verwaltung und gemeinnützige Organisationen auf kommunaler Ebene darauf an, einen Kontakt zu den digitalen Aktionsnetzwerken zu suchen, sie zu unterstützen, sie auch mit zu initiieren, aber nie dominieren zu wollen. Gefragt sind »Enabler« (d. h. Ermöglicher) - keine Manager. Die Selbstorganisation dieser neuen internetbasierten Bewegungen ist pragmatisch, flexibel, schnell, transparent und schafft nach außen hin Andockstellen für andere Aktive und Interessierte. Sie funktioniert nach einer anderen Logik als traditionelle Entscheidungs- und Organisationsstrukturen.

Angesichts der Bedeutungszunahme von Online-Netzwerken verändert sich auch die Rolle des Raumes. Die örtliche Ebene bleibt wichtig, aber die örtlichen Netzwerke und Ressourcenbestände werden durch überörtliche Ressourcen und Personen ergänzt. Das ist eine Chance insbesondere für deprivierte Stadtteile. Vor allem rücken dadurch digital vermittelte Gemeinschaften, »communities of interests« und »communities of identity« (Morris/Gilchrist o. J., S. 8), stärker in den Blickpunkt und ergänzen räumliche Konzepte.

Eine Form, um Bürgerinnen und Bürger lokal stärker zu informieren, einzubinden, untereinander zu vernetzen und gemeinsame Aktionen zu starten, sind Webseiten mit lokalem Bezug. Hierzu zählen örtliche Blogs, Online-Communities, Tauschbörsen, Sharing- Plattformen, Crowdfunding-Plattformen (Beispiele s. Tabelle 1 S. 6). Sol-



che Portale sind nur bedingt erfolgreich, wenn sie von der Verwaltung oder von gemeinnützigen Trägern eingerichtet werden, ohne dass eine Anbindung an die örtliche Community existiert. Anstatt hierarchische Plattformen nach dem »join us«-Prinzip (Wilcox 2012) zu errichten, sollten bestehende Vernetzungen, Aktivitäten und Innovationen im lokalen Gemeinwesen im Sinne des »do-it-yourself« gestärkt und gefördert werden.

Speziell Nonprofit-Organisationen können eine wichtige Rolle als Intermediäre zwischen zivilgesellschaftlichen Projekten und der Kommune spielen und zum Treiber einer aktiven und digital vernetzten »Zivilgesellschaft 2.0« werden - sofern sie die neuen Technologien und die Logik der konnektivierten Aktion (»connective action«, Bennett/Seegerberg 2012) verstehen. Da dies häufig nicht der Fall ist, geht diese wichtige Funktion von Nonprofits verloren. Wenn eine Kommune die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern fördern möchte, muss sie deshalb auch die digitale Inklusion des Dritten Sektors vorantreiben. Ohne netzkundige gemeinnützige Organisationen wird die Partizipationskultur der lokalen Gesellschaft nicht gestärkt werden können. Kommunen sollten nicht den Fehler machen, die Bedeutung des Dritten Sektors zu unterschätzen und die eigene zu hoch anzusetzen. Bürgerinnen und Bürger vertrauen tendenziell den gemeinnützigen Akteuren in ihrem Stadtteil mehr, als der Kommunalverwaltung, die mit dem »Staat« assoziiert wird. Es geht für Kommunen also darum, primär die Partizipationsarenen im Dritten Sektor und das demokratische Potential von Nonprofits zu stärken, statt sich ausschließlich auf das Verhältnis Bürger/in – Kommune zu konzentrieren und gemeinnützige Organisationen als »Dienstleister« zu betrachten und nicht als zivilgesellschaftliche Akteure.

Die neuen Technologien des Internets bzw. soziale Medien bieten lokalen Organisationen eine breite Auswahl an Möglichkeiten, Bürgerinnen und Bürger auch online in die Planung und Umsetzung von Projekten einzubeziehen. Sie können die Partizipation vereinfachen, aber sie schaffen nicht automatisch eine Kultur der Teilhabe auf lokaler Ebene. Voraussetzung für den Erfolg der E-Partizipation ist, dass die Beteiligung der Bürger nicht als »add-on« zum üblichen und unveränderten Organisationsbetrieb konzipiert wird. Vielmehr müssen Strukturen und Abläufe in Verwaltung und Organisationen des Dritten Sektors so verändert werden, dass Bürgerbeteiligung ein integraler Bestandteil ist (Hernandez u.a. 2010, S. 717). Sprich: Es braucht beteiligungsfreundliche Institutionen.

Über welche Fähigkeiten muss eine Organisation verfügen, wenn sie das Engagement, das Wissen und die Teilhabekompetenz von Bürgerinnen und Bürgern nutzen will? Sie muss gesprächsbereit sein nach außen hin und Anregungen von Bürgerseite aufnehmen. Sie muss bereit sein, über die eigene Community hinauszublicken und sich neue Milieus und Gruppen zu erschließen. Sie muss den Koproduktions- und Ko-Planungsgedanken verinnerlicht haben, d.h. Bürgerinnen und Bürger nicht als Störfaktoren begreifen, die den Organisationsablauf aufhalten und die bewährten professionellen Konzepte in Frage stellen, sondern als Bereicherung und Problemlöser. Ohne die Ressourcen und Netzwerke der Bürger können lokale Organisationen ihre Aufgaben nicht wirklich erfüllen, da ihnen immer ein Teil des vorhandenen Wissens fehlt.



Welche Online-Beteiligungsverfahren gibt es? In Deutschland experimentieren der Bundestag, unterschiedliche Parteien, einzelne Nonprofits und nicht zuletzt ein Landkreis mit unterschiedlicher Open Source-Software zur Meinungsbildung und Entscheidungsfindung über das Internet. Der Landesjugendring Niedersachsen begann sein Projekt »Partizipation 2.0« auf der Beteiligungsplattform Adhocracy.de, die auf der gleichnamigen Software basiert. Und im Landkreis Friesland, als bundesweit erster Kommune, ist geplant, dass sich Bürgerinnen und Bürger über das Programm »LiquidFeedback« online beteiligen können (Landkreis Friesland 2012). Die Ergebnisse der Online-Beteiligung sollen direkt in die Kreisgremien einfließen. »Adhocracy« und »LiquidFeedback« bieten Nutzerinnen und Nutzern eine breite Palette an Beteiligungsmöglichkeiten: von der Bewertung von Vorschlägen und Einbringung eigener Anregungen bis zur Beteiligung an der Endabstimmung. Dabei kann die eigene Stimme auch delegiert werden. Diese beiden Programme (ein Vergleich zwischen ihnen liegt vor, siehe Deutscher Bundestag o. J.) wollen dem »direkten Parlamentarismus« dienen, d.h. der Anreicherung der repräsentativen Demokratie mit direkten Beteiligungsmöglichkeiten. Die Programme können organisationsintern oder im Außenverhältnis eingesetzt werden.

Die Webseite digitalengagement.org mit dem »Digital Engagement Cookbook« aus Großbritannien zeigt eine ganze Reihe weiterer Möglichkeiten auf, wie Bürgerinnen und Bürger online in kommunale Themen eingebunden werden können und welche Tools es gibt, um selbstorganisierte Aktivitäten der Bürgerseite über das Internet zu ermöglichen. Einen kleinen Ausschnitt aus dieser Vielfalt entlang der Kategorien des Digital Engagement Cookbooks gibt die folgende Tabelle wieder. Die Beispiele zur Veranschaulichung sind zum Teil aus dem Ausland, zum Teil »brandneu« und, wenn möglich, von der lokalen Ebene. Die Sammlung ist als Anregung dafür gedacht, was online gemacht werden kann.



Tabelle 1: Online-Beteiligung: Kategorien, Methoden und Beispiele

Kategorien	Methoden	Beispiele
Wissen und Erfahrungen teilen	Ideen einbringen Evaluieren Kartieren Wissen sammeln Erfahrungen teilen	nyc.changeby.us patientopinion.org.uk wheelmap.org greenmap-berlin.de ka.stadtwiki.net somewhereto.com greatnonprofits.org
Netzwerke bilden	Netzwerke im Stadtteil Netzwerke generationenbezogen Netzwerke themenbezogen	myrelativefriends.com casseroleclub.com theafterworkclub.co.uk vwg-kuelz.de socialbar.de socialmediasurgery.com/
Debattieren	Blogs Soziale Netzwerke Webcast mit Live Chat	jenapolis.de facebook.com/keinstuttgart21 cornwall.gov.uk (Webcasts)
Beraten und beeinflussen	E-Petitionen Bürgerhaushalt Online-Konsultation Beteiligungsplattform Online-Befragung	epetitions.bristol.gov.uk buergerhaushalt.stadt-koeln.de opinionsuite.com/sutton offenekommune.de nextvote.de
Aktiv sein	Crowdfunding Fundraising Teilen Tauschen Online-Volunteering Kampagnen Mitmachen	leihdeinerstadtgeld.de spacehive.com Helpedia.de leihdirwas.de autonetzer.de tauschforum-stuttgart.de helpfromhome.org transparenzgesetz.de wikiwoods.org carrotmob.org goodgym.org
Koproduzieren	Infrastrukturprobleme melden	maerker.brandenburg.de ubahnaufzug.at

Viele der genannten Beispiele bieten Online- und Offline-Mitmachmöglichkeiten. Dies eröffnet auch jenen Handlungschancen, die über keinen Internetzugang verfügen oder das Internet nicht nutzen wollen. Es ist wichtig, über unterschiedliche Kanäle für Partizipation zu werben, um eine größere Anzahl an Bürgerinnen und Bürger zu erreichen und Exklusion zu vermeiden. Dennoch sind einkommensschwache und bildungsferne Bürger bei allen Formen der politischen Beteiligung unterrepräsentiert - auch bei Online-Protesten (vgl. Bödeker 2011). Gerade die lokale Ebene, die örtlichen Netzwerkstrukturen und die Verankerung von Beteiligung im Alltag von Institutionen spielen eine bedeutende Rolle, wenn sozial benachteiligte Bürgerinnen und Bürger zum Mitmachen und Mitgestalten gewonnen werden sollen.



Literatur

Die Internetquellen im Literaturverzeichnis wurden am 23. Juni 2012 abgerufen.

Bennett, W. Lance/Seegerberg, Alexandra (2012): The Logic of Connective Action. In: Information, Communication & Society, Jg. 15, Heft 5, S. 739-768, <http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/1369118X.2012.670661>

Bödeker, Sebastian (2011): Die soziale Frage der Demokratie. Einkommen und Bildung beeinflussen die Chancen politischer Teilhabe. In: WZB Mitteilungen, Heft 134, 26-29, <http://bibliothek.wzb.eu/artikel/2011/f-17043.pdf>

Deutscher Bundestag (o. J.), Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft: Synopse Partizipations-tools, http://blog.internetenquete.de/wp-content/uploads/2010/09/Synopse_Partizipationstools1.pdf

Digital Engagement Cookbook, <http://www.digitalengagement.org/>

Hernandez, Louisa/Robson, Paul/Sampson, Alice (2010): Towards Integrated Participation: Involving Seldom Heard Users of Social Care Services. In: British Journal of Social Work, Jg. 40, 714-736.

Landkreis Friesland (2012): Einführung der Software Liquid Feedback zur Online-Bürgerbeteiligung, Vorlagen Nr. 0097/2012, abrufbar unter https://www.friesland.de/internet/page.php?site=901000735&typ=2&rubrik=901000003&s_sprache

Morris, David/Gilchrist, Alison (o.J.): Communities Connected: Inclusion, Participation and Common Purpose, RSA, http://www.thersa.org/_data/assets/pdf_file/0011/518924/RSA_Communities-Connected-AW_181011.pdf

Wilcox, David (2012): Strengthening Civil Society through Social Media, Folie 4, <http://www.slideshare.net/davidwilcox/c21webinarnotes>

Autorin

Dr. Brigitte Reiser ist Beraterin für Nonprofit-Organisationen, Autorin und Vortragende mit Sitz in Stuttgart. Sie publiziert seit 2007 das Weblog Nonprofits-vernetzt.de. Ihre Themen: Social Media für gemeinnützige Organisationen, Zukunft des Dritten Sektors, Bürgerbeteiligung in Nonprofits, Koproduktion, Netzwerke, Transparenz und Open Data.

Ressourcen

<http://blog.nonprofits-vernetzt.de>

http://twitter.com/npo_vernetzt



Kontakt

Dr. Brigitte Reiser

E-Mail: brigitte.reiser@stakeholder-management.de

<http://www.stakeholder-management.de>

Redaktion eNewsletter

Dieser Beitrag geht zurück auf eine Initiative von Sophie Scholz. Sie hat die Autorin dieses Beitrags gewonnen, die Inhalte mit ihr abgesprochen und den Beitrag redaktionell bearbeitet. Sophie Scholz ist Mitglied der Aufbaugruppe des Netzwerks Bürgerbeteiligung, Gesellschafterin der e-fect eG sowie Gründerin der Socialbar.

E-Mail: scholz@e-fect.de

Stiftung MITARBEIT

Netzwerk Bürgerbeteiligung

Redaktion eNewsletter

Ellerstraße 67

53119 Bonn

E-Mail: newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de